

SOZIALDEMOKRATISCHES VOLKSBLAU

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das "Volkblatt" erscheint mit 2 Ausgaben. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Geschäftsleitung: Dr. Richterstraße 6. Vertriebsstellen: Dr. 2403, 2409, 2505. Vertriebsstellen: Montag bis Freitag von 13 bis 14 Uhr. — Inserateneinzelheiten sind bei den Redaktionsstellen zu erfragen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Abholer mindestens 0,45 RM. Belegpreis 2,10 RM. durch Postboten innerhalb 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Besteller 2,00 RM. — Einzelnummer 15 Pf. im Vorverkauf mit 10 Pf. im Rückverkauf bei 100 Exemplaren. Druckerei: Dr. Richterstraße 6. Drucknummer 2403, 2409, 2505. Vertriebsstellen: 2403, 2409, 2505. Drucknummer 2403, 2409, 2505.

Reichsrat für die Amnestie

Bayerns Einspruch nicht genügend unterfüßt

Der Reichsrat stimmte am Dienstag der vom Reichstag angenommenen Amnestievorlage mit 44 gegen 19 Stimmen zu. Der von der bayerischen Regierung beantragte Einspruch fand nicht die erforderliche Mehrheit. Außer Bayern stimmten nur Württemberg, Berlin und der Vertreter der Provinz Brandenburg für den Einspruch. Es enthielten sich die Vertreter der Provinz Hannover und der Länder Braunschweig und

Mecklenburg-Vorpommern. Alle übrigen Vertreter stimmten gegen den Einspruch.

Die neue Amnestie ist die größte seit November 1918. Eine genaue Angabe über die Zahl der Amnestierten kann noch nicht gegeben werden. In Preußen allein gibt es 15 000 Verurteilte aus politischen Gründen. Von ihnen werden gegenwärtig etwa 8000 ihrer Strafe. Auf das Reich

ausgedehnt erhöht sich diese Zahl auf rund 9000. Mit wenigen Ausnahmen werden sie jetzt das Gefängnis oder Zwangsheim verlassen.

Gleichzeitig kommt die Amnestie in Preußen 400 bis 6000 Personen zugute, die wegen Vergehen aus wirtschaftlicher Not Strafen verbüßen. Im gesamten Reichgebiet ist mit einer Amnestierung von 20 000 Personen zu rechnen. Von ihnen befinden sich etwa 10 000 in Haft. Sie werden zum großen Teil noch vor Weihnachten die Freiheit wiedererlangen.

Eduard Bernstein

Weitere Velleidstundgebungen

Die Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine schreibt zum Tode Eduard Bernsteins an den Parteivorstand:

„Du dem löcherlichen Beruf, den die Sozialdemokratische Partei durch das Hinlegen ihres großen Führers Eduard Bernstein erlitten hat, sprechen wir Ihnen unser herzlichstes Beileid aus. Wir werden den Genossen Bernstein, der sich in unermesslichen Freuden erworben hat, stets ein ehrendes Andenken bewahren.“

Für die österreichische Sozialdemokratie bezeugen die Genossen Sig und Bauer:

„Unser herzlichstes Beileid zum Tode Eduard Bernsteins, des alten Mitkämpfers und Mitdenkers des deutschen Sozialismus.“

Weiter liegen Kondolanztelegramme von der georgischen Sozialdemokratie und von der Kubischen sozialistischen Arbeiterpartei in Amerika, die in Bernstein gleichzeitig einen ersten Freund des Sozialismus betrauert.

Aus Brüssel droht unter Brubergs:

Die Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens vernimmt mit großer Trauer die Kunde des frühlichen Beileid der deutschen Arbeiterpartei und der Familie Bernsteins zu dem löcherlichen Beruf, den sie durch den Tod ihres großen Führers und Denkers erlitten haben. Brubergs — Van Nostrade.

Beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist folgendes Telegramm aus Paris eingetroffen:

„Der allgemeine französische Gewerkschaftsbund übermittelt dem deutschen Parteivorstand, das durch den Tod Eduard Bernsteins frühlich getroffen worden ist, den Ausdruck seiner herzlichsten Gefühle und legt sich vor der eiden Verantwortlichkeit, die von uns gegangen ist. Joubert.“

Erst heken, dann feige!

Einer jener Hakenkreuzpartisanen, die das Christentum zur Aufhebung zum Mord gegen Andersdenkende mißbrauchen, ist der Nazipostler Probst aus Oberrod der Frankfurt a. M. Er hat laut bekanntem, daß man mit der Waffe in der Hand gegen die jeweils herrschenden zu feige sein müßte. Seine Hegeren waren jedoch dem eangestrichenen Bundespräsidenten zu viel, so daß er gegen den Heppfarrer einstrich. Die größten Heger oder sind beinahe selbst feige. So auch dieser Heger im Laar. Er verlor nicht nur weinerlich in der Nazipresse sich darauf auszuweisen, daß er nur aus Notwehr gegen den Bolschewismus gekämpft habe: „... können wir uns darauf gefestigt machen, in Kürze nicht nur zum Schweigen verurteilt, sondern ermordet zu werden. Die Bolschewisten warten schließlich darauf. Ist es nur da etwas, das den Herrn Bundespräsidenten des Bundespräsidenten mit Bestürzung erfüllen muß, wenn ich sage, daß wir uns gegen diese Feinde mit der Waffe in der Hand wehren wollen!“

Welche Angst dieser Gottesstreiter plötzlich um sein eigenes irdisches Leben zeigt! Wenn es um Leben und Gesundheit der nationalsozialistischen Menschen geht, zeigen die nationalsozialistischen Hepppartisanen weit weniger Beforgnis! Da legen sie das Messer, den Revolver und selbst die Sprengbombe! Die christliche Idee ist in diesen gewunden nicht mit der Waffe in der Hand, sondern durch das Martyrium. Aber von dieser Glaubensverfälschung, die das eigene Leben um der Idee willen hingibt, ist im Hakenkreuzchristentum in der eangestrichenen Kirche längst keine Spur mehr. Hier herrscht die Fege, verbunden mit der Feigheit!

Grippe in USA.

Die Südstaaten von Amerika werden von einer schlimmen Grippeepidemie heimgesucht. Inzwischen sind in der Woche wurden aus 80 Städten 87 Todesfälle, die auf Grippe zurückgeführt werden, gemeldet. Auch in Mexiko sind viele Personen an Grippe erkrankt.

Nazi-Verrat an der Winterhilfe

Die NSDAP. aus Angst vor Schleicher gegen Reichstagsführung vor Weihnachten

In der Dienstagssitzung des Reichstages und der Reichstagskommissionen wurde der Antrag der Reichstagskommissionen auf die Winterhilfe, wie sie in der Regierung geplant ist und in der Reichstagsführung vom Mittwoch beschlossen werden soll.

Danach befaßte sie sich mit der Verbilligung von Lebensmitteln und Brennstoffen, während eine unangenehme Lieferung nicht gemacht werden soll. Dem Antrag Jenner bei Ende März sollen alle Sammlungsvereinigungen — alle auch die Mittelständischen — einen eigenen Sammelplatz — 4 Pfund Reichsbrot monatlich — zu 2 Pfund Reichsbrot monatlich werden, an Stelle von Brot und Schokolade auch Kaffee, Schokolade, selbste Weine, Milch oder Brot auf die wichtigsten Arten zu beziehen. Ein Brandstiftung sollen die drei Monate hindurch 2 Zentner Kohle um 30 Pfennig verbilligt werden, wobei an Stelle von Kohle auch Torf oder Holz treten kann.

Ferner will die Regierung Zuschüsse zu den öffentlichen Spaltungen gewähren, die von freien Vereinen, von Verbänden oder von öffentlichen Stellen, besonders für Jugendliche und Kleinrentende veranstaltet werden.

Es handelt sich also im wesentlichen um die minimale Verbilligung von 1,80 M. pro Monat, von der 6,9 Millionen Bedürftige erhalt werden, was einer Gesamtausgabe von etwa 37 bis 38 Millionen Mark gleichkommt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte angesichts der Wichtigkeit dieser loganischen Winterhilfe die Einberufung des Reichstages für Donnerstag, den 22. Dezember, damit er in der Lage kommt, die weitergehenden Beschlüsse des Haushaltsausschusses der Regierung vorzulegen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten von allen übrigen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten abgelehnt. Es dürfte daher vorläufig bei den vom Reichsarbeitsminister mitgeteilten geringen Hilfsmaßnahmen bleiben.

Zwischen Weihnachten und Neujahr will der Reichsterrat erneut zusammentreten, um dann über Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Winternitzung zu beschließen.

Die Nationalsozialisten haben mit ihrer Haltung gegen die Einberufung der Reichstages erneut

gezeigt, daß sie in der Schleicher-Front stehen und die Schleicher-Regierung unterstützen. Damit ist die Winterhilfe von einem „nationalsozialistischen Er-

folg" bezeichnet haben, um sie praktisch gar nichts, den selbstelebenden Volkswirtschaft zu helfen. Durch ihre verwerfliche Haltung ist es bisher keine Partei Winterhilfe.

Brachs Kreispolitik

Gerbuden fordert den sozialdemokratischen Landrat zurück

Eigener Bericht.

Hilfsberg, 20. Dezember.

Mit absoluter Mehrheit hat der Kreisrat des Kreises Gerbuden am Dienstag beschlossen, seinen bisherigen Landrat, den Reichstagsabgeordneten Werner Lufft, der von Bracht in die Wölfe geschickt worden war, wieder als Landrat in Vorschlag zu bringen. Darüber hinaus hat der Kreisrat mit 13 zu 9 Stimmen an die Adresse der Reichstagskommission einen Antrag gerichtet, der sich aufheben gegen die feinerzeit unter befreundeten und die Staatsautorität keineswegs fördernden Umständen erfolgte Überführung des Landrats Lufft wendet, dessen Verwaltungstätigkeit auch von seinen politischen Gegnern anerkannt worden ist. Der Kreisrat fordert die Kommission auf, das dem Kreise und der Kreisbevölkerung zufließende Unrecht wieder gut zu machen und den Landrat Werner Lufft wieder als Landrat einzusetzen. Für den kommissarischen Landrat Knipfer wurden nur 5 Stimmen abgegeben.

Der von der Kommissarischen Regierung Papen in den Ruhestand versetzte sozialdemokratische Landrat Kranold ist inzwischen als Bürgermeister der Stadt Hagnau befristet worden.

Hilfe den Arbeitsinvaliden!

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er eine ausreichende Winterhilfe zur Vinderung der Not der Sozialrentner und Unterhaltungsempfänger sowie zur Vinderung der Not der Roten Kreuzempfänger fordert. Er macht die Regierung nachdrücklich darauf aufmerksam, daß in den Haushalten der Sozialrentner die Not unheimlich gestiegen ist. Es fehlt an Alternativen. In erster Linie müßte daher eine ausreichende Vorsehung mit Brot, Kartoffeln, Fleisch und Kohle hergestellt werden. Der Zentralverband erinnert die Regierung an seine Forderungen, die er im September bereits gegenüber dem Sozialbau des Reichs-Ratens (Arbeitsrentnerfürsorge) befragt der

Rinderzucht, der Altvaterzentren, Kürzung der Unfallrenten usw.) aufgestellt hat. Eine Revision der Rotenverordnung vom 14. Juni sei unerlässlich.

Ein Unterführer von Röhms

Es hat noch keine politische Organisation gegeben, in der so viel Verkommenheit und moralische Haltlosigkeit zutage getreten ist, wie in Hilfers SA! Die Zahl der SA-Mitglieder und die SA-Führer, die stillos getrauscht sind, ist Region an der Spitze steht ein Mann, dessen moralische Haltlosigkeit gefährdet ist. Ist es ein Wunder, daß in der Kreisleitung Unterführer die stillos Verkommenheit blüh greift?

Ein neuer Fall leuchtet auf: neue in diesen Sumpf hinein. Der SA-Führer von Kreisgrün in Oberfranken ist ein gewisser Heinrich Horn. Dieser Erneuerer der deutschen Kultur hat seit Jahren seinen beiden eigenen Töchtern nachgestellt. Während die ältere sich mit Erfolg wehrt, hat er die jüngere jahrelang unter Zwang und Androhung zur Blutschande gezwungen. Er ist jetzt wegen fortgesetzten Verstoßens der Blutschande zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Dieser Mann hat in der roheften und gewalttätigen Form seine väterliche Autorität mißbraucht, um sich seine eigene Tochter gefällig zu machen. Das ist die Schule der neuen Kultur in Hilfers SA! Kann man sich darüber wundern, daß solche Elemente dem Hilfers-Sumpf zulaufen, wenn Seele wie Röhms, Rindmeyer u. Co. die bevorzugten Freunde von Hilfers sind?

Militärflugzeug über Paris abgestürzt

Am Dienstag lag in dem Pariser Vorort Antony ein Militärflugzeug, entgegen den Vorschriften, in geringer Höhe über die Häuser, Bürgle ab und fiel auf ein Dach. Das ausströmende Benzin entzündete sich an dem heißen Motor und legte das Flugzeug sowie das Haus in Brand. Die Flammen wuchsen schnell zur Stelle war, gelang es nicht, dem Flieger zu retten. Er verbrannte bei lebendigem Leibe. Das gleiche Schicksal ereilte eine Bewohnerin des Hauses, eine 57jährige Witwe. Fünfzehn Hausbewohner und zwei Polizeibeamte, die sich an dem Rettungsarbeiten beteiligten, wurden teils leicht, teils schwer verletzt. Die Verunglückten mußten in ein Krankenhaus geschafft werden.

Dummheit und Gewissenlosigkeit Politik der Kommunisten

Laßt sie strampeln!

Die Verantwortungslast der kommunistischen Partei gegenüber den Klasseninteressen der Arbeiterklasse zeigt sich wieder in neuen Zügen. Eine Systemkritik von C. G. M. Bredt, die die Kommunisten in England, Belgien und Frankreich kritisiert, ergibt sich über die Sozialdemokratie und ihre oppositionelle Haltung. Es gibt keine sozialdemokratische Opposition — so heißt die kommunistische Drohe — die Sozialdemokratie stellt mit Schläger unter einer Decke.

Die Dummheit dieser Verächtlichung ist der Beweis für die tödliche Verlogenheit der kommunistischen Partei. Als die Sozialdemokratie scharf und konsequent den Kampf gegen Papen

hat sie „mächtige revolutionäre Verbände“ haben, dann ist dies das Zeichen dafür, daß man in der kommunistischen Partei mit neuen Bewusstseinsformen spielt. Aber soll die weltrevolutionäre Propaganda nicht gegen die Sozialdemokratie sein?

Wir hoffen die widersprechenden Meinungen der Klasseninteressen strampeln. Wenn sie genug gestampelt haben, wird der Schindluder plagen! Heute

erzählen sie, die Sowjetunion habe in China bereits ein Gebiet mit 80 Millionen Menschen den Imperialisten entzogen — wo dann? — wobei bemerkt wird, daß die Sowjetunion vor dem japanischen Imperialismus die zum Überleben. Die weltrevolutionäre Propaganda und die kommunistischen Verbände sind aber, die heutigen Krieger von der heutigen sozialistischen Bewegung ihrer Klasseninteressen in Deutschland abzuhalten!

Die realpolitische Betretung der proletarischen Klasseninteressen in Deutschland aber ist die sozialdemokratische Opposition. Die kommunistische Partei hat ihr nichts entgegenzusetzen als eine überfüllte Welle von Verurteilungen und die Aufwindung ihrer Weltrevolutionstrüme. Das ist ein Gebrauchs der Verlogenheit, der Schwäche, der politischen Ampotenz

Die neue Rechts-Verordnung Schleicher muß die Papen-Diktate forrieren!

Die Schleicher-Regierung hat am Dienstag die angeforderte Notverordnung zur „Erhaltung des inneren Friedens“ veröffentlicht. Mit ihr werden die Notverordnungen des Kabinetts Papen vom 15. und 28. Juni und vom 8. August aufgehoben.

Aufgehoben sind in einzelnen die Sondergerichte, die ohne Vorverfahren und ohne die Möglichkeit einer Reklusion drakonische Strafen verhängen konnten, wobei die Zulassung eines Beweisurteils in das willkürliche Ermessen des Sondergerichts gestellt war. Aufgehoben sind ferner die Bestimmungen über die Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit und die Bestimmungen über die Zensurverordnungen. Amfällige Verfügungen, die sogenannten „Auftragsgesetze“, fallen fort. Bedeutend ist ferner die Verordnung über militärisch-polizeiliche Verbände und die Anwesenheit über Uniformverordnungen. Damit sind die wesentlichen Einschränkungen der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit und des Justizrechtes gefallen.

Ein Irrtum aber, zu glauben, das Kabinett Schleicher hätte den alten Rechtszustand der Weimarer Verfassung wiederhergestellt. Die Verordnung vom 19. Dezember gliedert sich in 19 Paragraphen, die die Papenmaterie neu ordnen. Gegenüber Papen und seiner Kommissariatskollegen in Preußen besitzen wir jetzt größere Freiheiten, aber es sind keine Freiheiten, in denen die Verwaltung sowohl das Verbot als auch das Verbot in die Freiheit fallen kann. Die Jugendfragen der Karte: „Hoch- und Landesverordnungen“ und Verordnungen der obersten Landesbehörden, sowohl Verordnungen als auch Verfügungen zu verbieten.

Die Zukunft wird lehren, was eine Wehrlose als Hoch- und Landesverordnungen und wie sie die ihr durch die neue Notverordnung in die Hand gegebenen Machtvollkommenheit auswendig. Daher ist es mir, daß alle Notverordnungen, gegen rechts zumeist mit stumpfen Rücken angewandt wurden, während nach links die haarsträubende Schere niederfuhr. Einen Kommentar dazu liefern auch die Rundfunkreden des Kanzlergenerals. In ihr wurden der kommunistischen Partei scharfe Maßnahmen angedroht. Es ist kein Zweifel, daß die neue Notverordnung den Landesbehörden wie dem Reichsgericht eine

Vollmacht ausstellt, über die Zukunft der kommunistischen Organisationen und ihrer Presse. Herr Müller hingegen wird sich auch in Zukunft auf seine Rechtswilligkeit berufen, trotz Bomben und Handgranaten und trotz der Drohung, jedem Feind die heutigen Grenzen folgen preiszugeben, als die Verfassung von Weimar effizienter und nicht das Dritte Reich.

Am 31. Dezember läuft das Republikverbot ab. Das Kabinett Schleicher verlängert es nicht. An keine Stelle treten einige mit der neuen Verordnung in Kraft tretende Bestimmungen. Darunter befindet sich vor allem ein verächtlicher Schuß für die Person des Reichspräsidenten und für die Weimarer Verfassung. Die Verächtlichmachung des Reiches, der Länder und ihrer Jaggen liegt unter den gleichen Strafbedingungen wie bisher.

Das ist der Kern der neunzehn neuen Notverordnungen, das politische Wehrmachtsgesetz für das deutsche Volk. Es ist daher nicht ein Engel mit dem Palmreis, der es bringt, sondern ein Wehrmachtsgesetz mit der Aute. Indem er die Gaben ausstellt, fügt er drohend — im Geleitzahl — hinzu: sollten die Widerlungen der Ausnahmebestimmungen ihren Zweck verfehlen, Nege und Gewalttaten anbauen, so sind die Maßnahmen bereits handfertig. Der Staat liegt bereit, mit dem unarmbrüchlich bringensfähigen werden soll. Zuerst und Befehl, das sind die beiden Mittel, mit denen die prächtige Diktatur Schleicher regieren will. Die Freiheit und Selbstbestimmung eines souveränen Volkes ist das nicht. Das Zuerstwort des Kanzlergenerals schmeckt bitter und duldet kein Kommilitot.

Preußen-Ausschuss beschließt

Im Hauptsaal des Preussischen Landtages wurden am Dienstag mehrere sozialdemokratische Anträge angenommen.

Die Zustimmung des Ausschusses fand ein Antrag, der die Nichtanerkennung der auf Grund freier Zufuhrgeschäftigungen gewährten Rentenbezüge bei Anträgen auf Stundung oder Erlass der Hauszinssteuer vorschlägt, ferner ein Antrag über die Regelung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft der Wohlfahrtsberechtigten in der Sozialversicherung. Der Antrag verlangt die Berechtigung von Arbeitsmitteln, damit die Fürsorgeverbände dieser für die selbstständigen Pflicht nachkommen können. Angenommen wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag, der sich gegen die durch den Justiz-Erlass herbeigeführte Gefährdung der Freiheitsrechte wendet. Die Regierung wird in diesem Antrag erwidert, die Freiheitsrechtverletzung von der Anwendung des Runderlasses vom 19. August 1932 auszufolgen und die Fristen für die Durchführung der gegen die Adolf-Roth-Schule geplanten Maßnahmen bis zum 1. April 1933 zu verlängern.

geführt hat, läßt die kommunistische Presse über die „wilde Dauerpolitik der SPD gegen Papen“, so als ob sie den Beruf gehabt hätte, sich fühlend vor Papen zu stellen. Nachdem Papen gefürchtet ist und die Sozialdemokratie konsequent den Kampf in der Opposition gegen das Kabinett Schleicher fortsetzt, müht die SPD-Presse gegen die sozialdemokratische Opposition.

Aus Mangel an Geist und Grundfähigkeiten hat die SPD, ihre ganze Agitation gegen die Sozialdemokratie eingestellt auf das folgende Schema: Die Sozialdemokratie regiert, also ist sie an allem schuld! Weil das Schema so gar nicht auf die heutige Welle des sozialdemokratischen Klassenkampfes paßt, bleibt der SPD, nichts anderes übrig als zu leugnen, daß die Sozialdemokratie die Opposition gegen die Reaktion führt! Daher die Welle von schmutzigen Lügen, getreu der historischen Rolle der SPD, immer dann am meisten gegen die Sozialdemokratie zu wüten, wenn sie am schärfsten im Kampfe gegen die Reaktion steht!

Die oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie — das ist das Zeichen für die Verächtlichung des Klassenkampfes in Deutschland. Was aber tun die Kommunisten außer ihrem Beruf der Verleumdung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung? Sie setzen nach wie vor ihre kleinen politischen Cumpereien fort, der Reaktion in Parlamenten und Gemeinderäten Positionen in die Hand zu spielen und die Bewusstseinsbildung geschlossener Arbeiterfronten zu verhindern. Sie mühen nach wie vor mit den schmutzigen Mitteln die niedrigsten Instanzen zu werden. Sie hindern damit die Ausbildung eines klassenpolitischen Bewusstseins der Arbeiterklasse und suchen an dessen Stelle Haß und Neid von Arbeitern gegen Arbeiter zu legen!

Sie hegen notleidende Proletariat in Kampffronten, die mit sozialpolitischem Klassenkampf nichts zu tun haben. Spontane Hungerrevolten sind sehr ernst und erschütternde Ereignisse — aber der Verlich, Hungerrevolten im kleinen zu parteipolitischen Zungen zu organisieren, ist verwerflich, er führt lediglich zur Demoralisierung der Arbeiterbewegung.

Wo ist der Ausweg, den die Kommunisten der notleidenden Arbeiterklasse und den Erwerbslosen zeigen kann? Die Parole „Sozialdemokratie ist keine Lösung“ — niemand weiß das besser als die Führung der kommunistischen Partei selbst! Die kommunistische Partei ist heute ohne klare politische Taktik. Sie müht sich die schlimmsten Form des politischen Opportunismus, die es gibt, den Opportunismus der schiefen revolutionären Phrasen als Verlogenheit. Sie betreibt eine Politik der tödlichen und fruchtlosen Illusionen! Aus Verlogenheit hat sie die weltrevolutionäre Propaganda wieder aus der Wollkiste hervor. Die erkrankten Leser des Zentralorgans erfahren, daß die Weltrevolution wieder unmittelbar vor der Tür steht. Sie marschieren angeblich in England und Frankreich und Spanien, in Bulgarien, Griechenland, der Tschechoslowakei, Belgien und selbst in — Dänemark.

Des Wiederaufbaus der weltrevolutionären Partei ist bedenklich. Wenn voll Großmächtigkeit den verhassten Arbeitern vorgelesen wird,

Boncourts Absichten

Blum über das neue Kabinett

Paul Boncour hat am Montag für die übende Wochenchau einer Filmgesellschaft folgende Erklärung abgegeben:

„Die Zusammenstellung des Ministeriums kennzeichnet unseren Wunsch nach Methode und Zielmäßigkeit. Das ist nicht nur eine berechtigte Forderung für das Wert des Präsidentenvertrats, sondern die Zielmäßigkeit ist eine wesentliche Bedingung für unsere Tätigkeit. Diese Zielmäßigkeit ist eine Politik des Friedens und der Organisation der Demokratie und der Organisation der finanziellen Wiederaufrichtung. Die Zugehörigkeit Chéron zu unserem Kabinett beweist hinsichtlich unserer Wunsch nach Zielmäßigkeit gegenüber dem Lande, damit es in voller Kenntnis der Lage mit uns an der Durchführung aller notwendigen Maßnahmen zusammenarbeiten.“

„Sean Blum äußert sich im „Populaire“ über die Stellung der Sozialisten zu dem Kabinett und über die Aufgaben des Kabinetts selbst: „Die sozialistische Partei und ihre Parlamentarisation sind von jeder Verpflichtung gegenüber dem Kabinett frei. Keine Garantie und kein Versprechen ist von uns gegeben worden. Keines ist von uns verlangt worden. Die Partei und ihre Fraktion werden ihre Haltung gemäß den Umständen und den ständigen Aktionsregeln, die ihr eigen sind, bestimmen. Die wenigen Kommentare, die ich hinzufügen möchte, sind rein persönlicher Art. Die größte Schwäche des Ministeriums besteht in meinen Augen darin, sich als der direkte Fortsetzer des Ministeriums Herriot zu betrachten oder gar als eine Art Ubergangskabinett zwischen dem bisherigen Kabinett Herriot und einem kommenden Kabinett Herriot hinzustellen. Das Wort in der Schuldenfrage hat nicht eine Regierung in voller Kraft gebrochen, sondern eine Regierung, die schon durch ein inneres Reiben unterminiert war. Der lebendige Kontakt mit der Parlamentarität und den Wählermassen war nur noch mit großer Mühe und auf Kosten von immer lähmender werdenden Anstrengungen aufrechtzuerhalten. Wenn wirklich das Ministerium Paul Boncour sich keine andere Aufgabe auferlegt, als die Aufgabe zu übernehmen, würde es nur ein Kapital an Vertrauen erben, das zum größten Teil schon erschöpft ist.“

Ein Hohenzoller vertrackt!

Das Arbeitsgericht Potsdam verurteilt Prinz Friedrich Leopold von Preußen Sohn (art Zeit Zuzug) zur Zahlung von 1963 Mark nachträglich.

Eine Mehrheit für Klages

Der Nazi-Präsident schafft sie künstlich

Aus Braunschweig wird gemeldet: Der nationalsozialistische Landtagspräsident Jörner hat den kommunistischen Abgeordneten Gmeiner nachträglich auf acht Sitzungen ausgeschlossen und damit erreicht, daß für den Etat eine absolute Mehrheit der Regierungsparteien hergestellt ist. Die Opposition hätte sonst die Möglichkeit gehabt, mit zwanzig Stimmen den Etat abzulehnen. Der Abgeordnete Gmeiner hatte trotz Aufforderung des Präsidenten in der letzten Landtags Sitzung den Saal nicht verlassen, so daß die Sitzung ausfiel. Der ausgeschlossene Abgeordnete dürfte kaum noch die Möglichkeit haben, vor der Landtagsauslösung im nächsten Sommer an einer Sitzung teilzunehmen.

licher Person und Gewährung einer monatlichen Rente von 59 Mark an die kranke Witwe Klages, deren Ehemann während seines kurzen Lebens im Dienste des Reichers des Präsidenten stand hatte. Prinz Friedrich Leopold Sohn und seine Frau und Erbgeborenen hatten die Zahlung einer Pension als im Widerspruch zu allen guten Sitten abgelehnt. Augenblicklich läuft vor dem Potsdamer Amtsgericht auch noch eine zweite gegen den Prinzen Friedrich Leopold Sohn gerichtete Klage eines Potsdamer Knechtens. Der Kläger hat zur Zwangsversteigerung des prinzipalen Mobilars im Jagdschlößlein Klein-Ostende 100 Zentner Brennholz geliefert, da man den Auktionsbesuchern den Aufenthalt in den kalten Räume nicht zumuten konnte. Seit dem Beginn der Klage, daß die Kosten der Auktionator bezahlen müßte.

energievolle Klage in ihrer Spekulation aus Hilfe aus unferer Partei erteilt worden ist. Eine einzigartige Illustration zu dem Einheitsfrontgesetz der Weimarer Revolutionen.

Nazi-Führer unterschlägt

Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Partei in Mecklenburg, der zugleich Landesvorsitzender ist, ein Steuerbescheid, wurde wegen Unterschlagung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet. Der Fall in Mecklenburg als besonders eifriger Bekämpfer des „marxistischen Internationismus“.

Gegen alle Vernunft

Wahl des SPD-Bürgermeisters ein Verbrechen

Eigener Bericht

Hamburg, 20. Dezember.

Eine Illustration zu dem Einheitsfrontgesetz der SPD, liefert der Fall des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dirksen, der kürzlich in Einsamkeit die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bürgermeister ermöglichte. Der rechtsbürgerliche Kandidat fiel durch.

Dieser Ausgang der Wahl hat die SPD gegen Dirksen auf den Plan gestellt. Sie ist die letzte gegen Dirksen ein Verbrechen ein, das jetzt damit endet, daß Dirksen sich selbst „von der Falschheit seiner Auffassung überzeugt“ hat und durch eine in der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ abgegebene Erklärung zur Kenntnis gibt, daß seine Haltung der politischen Linie der kommunistischen Partei widersprochen habe.

Seine falsche Haltung bei der Abstimmung wurde nur dem Wunsch entsprochen, noch besser als bisher den sozialistischen Charakter der Politik der Sozialdemokratie einleuchten zu können. Aber auch dieser Gesichtspunkt sei falsch gewesen. Nur durch schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer werde es der SPD gelingen, den Parteieinfluß der SPD zu brechen, und auf diese Weise für die gerechte Kampf um den Sozialismus möglich.

Form und Inhalt der Erklärung lassen deutlich erkennen, daß Dirksen, der für würdig befunden wurde, die SPD im Reichstag zu vertreten, eine ihm von der Bezirksleitung diktierte Erklärung unterschrieb und sich damit selbst brennend hat. Nicht genug damit, fügt das kommunistische Blatt im Potsdam hinzu, daß mit dieser Erklärung „den Reformisten und allen Opportunisten ein

Ein Symbol



Das Wahlsymbol der Nationalsozialistischen Partei. Das Wahlsymbol der Nationalsozialistischen Partei ist die Hakenkreuzflagge. Das Wahlsymbol der Nationalsozialistischen Partei ist die Hakenkreuzflagge. Das Wahlsymbol der Nationalsozialistischen Partei ist die Hakenkreuzflagge.

